

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Donnerstag, **29.11.2012**, 18:00 Uhr - 19:50 Uhr,
Lublin-Zimmer (ehemaliges Konferenz-Zimmer), Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143
Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Magnus Adams , Georg Berding , Christian Moll , Jürgen Ohm , Werner Quante , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Elke Leiendecker , Kurt Pölling , Friedhelm Schade

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gerhard Joksch (bis TOP 1), Dr. Rita Stein-Redent (bis TOP 1)

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

von der Fraktion DIE LINKE.

Daniela Kreuz (bis TOP 1)

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Ulrich Etienne, Wolfgang Heuer , Dr. Thomas Jungkamp , Jochen Lüken , Steffen Maser , Michael Volmering , Michael Willamowski

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Olaf Dreßen , Wolfhard Ediger , Heribert Klas , Fritz Pfau , Ahmet Yesilyaprak

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|-----|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0197/2012</u>
II | 2. | Dichtheitsprüfung an städtischen Grundstücksentwässerungsanlagen |
| <u>V/0878/2012</u>
V | 3. | Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Münster |
| <u>V/0657/2012</u>
IV | 4. | Mittagsverpflegung in Schulen |
| <u>V/0720/2012</u>
IV | 5. | Kommunale Koordinierung im Rahmen des Übergangssystems von der Schule in Ausbildung und Beruf |
| <u>V/0868/2012</u>
V | 6. | Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers / der Amtsapothekerin |
| <u>V/0784/2012</u>
I | 7. | Wirtschaftsplan 2013 der citeq |
| <u>V/0810/2012</u>
II | 8. | Abfallwirtschaftsbetriebe Münster
- Wirtschaftsplan 2013
- Finanzplan 2013 - 2017 |
| | 9. | Stellenplan-Entwurf 2013 für die Stadt Münster |
| | 10. | Haushaltsplan-Entwurf 2013 für die Stadt Münster einschließlich Maßnahmen aus dem Handlungsprogramm 2012 - 2017 (Vorlage V/0702/2012) sowie Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt (Vorlage V/0589/2012) |
| | 11. | Verschiedenes |

Frau Wendland eröffnete um 18.00 Uhr die öffentliche Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung fest.

Herr Joksch beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die TOP 9 und 10 zu verschieben und begründete den Antrag. Nach Gegenrede von Herrn Pölling ließ Frau Wendland über den Antrag abstimmen. Der Antrag, die TOP 9 und 10 zu schieben, wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie DIE LINKE abgelehnt.

Sodann verließen die anwesenden Mitglieder der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Herr Joksch und Frau Dr. Stein-Redent sowie Frau Kreuz von der Fraktion DIE LINKE den Sitzungssaal.

Punkt 1 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Heuer teilte mit, dass bislang in der Ratskette 10.07.2013 eine Sitzung des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung irrtümlich nicht vorgesehen war. Zwischenzeitlich sei ein zusätzlicher Termin für **Donnerstag, 27.06. 2013** festgesetzt.

Herr Heuer wies sodann auf eine Empfehlung der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) hin, die an die anwesenden Mitglieder als Tischvorlage verteilt wurde. Die KIB empfiehlt danach dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass sich die Anzahl der Rollitaxifahrzeuge deutlich erhöht und zunächst mindestens zehn zusätzliche Taxikonzessionen für Rollitaxifahrzeuge an interessierte Unternehmen zu erteilen.“

Herr Heuer erklärte, dass die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung dazu berichten werde.

**Punkt 2 der Tagesordnung
V/0197/2012****Dichtheitsprüfung an städtischen Grundstücksentwässerungsanlagen**

Herr Pölling gab eine kurze Stellungnahme zu der Vorlage ab und begründete, warum die SPD-Fraktion die Vorlage nicht mittragen werde. Herr Lenski schloss sich für die FDP-Fraktion dieser Meinung an.

Frau Wendland gab für die CDU-Fraktion eine Stellungnahme ab.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD- und FDP-Fraktion, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Verwaltung aufgrund der bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen erste Untersuchungen von Grundleitungen in Wasserschutzgebieten vorgenommen hat.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, an allen städtischen Liegenschaften die Grundleitungen und Hausanschlussleitungen auf Dichtigkeit zu überprüfen, Sanierungskonzepte für undichte Leitungen zu erstellen und geeignete Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.
3. Für die Prüfung der Dichtigkeit an städtischen Liegenschaften wird ein jährliches Budget von 200.000 € für die Jahre 2012 bis 2016 vorgesehen.
4. Um die akuten Schäden entsprechend der festgestellten Schadensklasse beseitigen zu können, wird für die Sanierung dieser Grundleitungen bis einschl. 2016 ein jährliches Budget in Höhe von 1.000.000 € bereitgestellt. Aus diesem Budget sollen die Sanierungskosten der Abwasserleitungen nach erarbeiteten Sanierungskonzepten objektscharf beauftragt und abgerechnet werden. Ab 2016 wird nach Abschluss aller Prüfungen ein Gesamtsanierungskonzept mit Kosten für die Schadensbehebung erarbeitet.
5. Zur Organisation und Koordination des Projektes werden befristet vom 01.07.2012 bis zum 31.12.2016 zusätzliche Mitarbeiter/-innen (Ingenieur/-in, technische/-r Zeichner/-in) im Umfang von 1,50 Vollzeitäquivalenten erforderlich.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produkt- gruppe	0111	Immobilienmanage- ment			
Zeile	11	Personalaufwendun- gen	2012 2013 2014 2015 2016	44.610 89.220 89.220 89.220 89.220	
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienst- leistungen	2013 2014 2015 2016	200.000 200.000 200.000 200.000	Prüfung Prüfung Prüfung Prüfung

Finanzplan (Auszahlungen aus Rückstellungen)					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Zeile	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleis- tungen	2012 2013 2014 2015 2016	1.000.000 1.000.000 1.000.000 1.000.000 1.000.000	Finanzierung über die Inanspruch- nahme von Rückstellungen

Der zusätzliche finanzielle Aufwand für die Prüfungen von jährlich 200.000€ kann durch Einsparungen beim Energieaufwand gedeckt werden.

Der vorgenannte Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung des Rates zum HH-Plan 2013 ff.

III. Personelle Auswirkungen:

Für die Durchführung der oben genannten Maßnahmen werden befristet 1,5 Stellen beim Amt 23 für die Dauer des Sanierungsprogramms bereitgestellt.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0878/2012**
**Einrichtung eines Kommunalen Integrationszent-
rums in Münster**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlags** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in 2012 einen Antrag beim Land Nordrhein-Westfalen zur Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums in Münster zu stellen.

Grundlage für die Antragstellung ist das Konzept (Anlage 1), das an die beiden zuständigen Ministerien – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung – des Landes NRW gesendet wird.

2. Im Stellenplan werden im Teilergebnisplan 01 16 Migrations- und Integrationsmanagement 2,50 Planstellen eingerichtet:

1,00 EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Verwaltung
1,00 EGr. S 12	Diplom-Sozialpädagoge/-in
0,50 EGr. 5	Assistenzkraft

Die Stellen werden bis zur rechtskräftigen Bewilligung des Kommunalen Integrationszentrums gesperrt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations- und Integrationsmanagement			
		Erträge:			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2013 ff.	170.000	
		Aufwendungen:			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2013 ff.	201.210	davon 75.770 € über bereits vorhandene Planstelle
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2013 ff.	25.750	
Zeile	28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2013 ff.	24.070	Raumkosten
Summe d. Aufw.				248.030	
Saldo: Erträge – Aufwendungen				- 81.030	- 5.260 €

Für das Jahr 2013 werden voraussichtlich nur ca. 50 % der hier dargestellten Erträge und Aufwendungen anfallen, da das KIZ nicht bereits zum 01.01.2013 tätig werden kann.

Die notwendigen Veränderungsblätter zum Haushalt 2013 ff. werden durch die Verwaltung gefertigt.

Ergänzende Hinweise:

1. Die hier zugrundeliegende Förderrichtlinie des Landes ist bis zum 31.12.2017 befristet.
2. Die Gewährung der Zuwendung hängt von der jeweiligen Haushaltssituation des Landes ab. Ein Rechtsanspruch besteht nicht.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0657/2012

Mittagsverpflegung in Schulen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des geänderten **Beschlussvorschlages** (entspricht den Beschlüssen des ASGAf und des AKJF) zu empfehlen:

I. Sachentscheidung

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt den Sachbericht zur Mittagsverpflegung in den Schulen zur Kenntnis und stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Mittagsverpflegung und zur Einhaltung der geltenden Hygienebestimmungen zu.
2. ~~Der Antrag der SPD – Fraktion im Rat der Stadt Münster Nr. A-R/0054/2010 vom 27.05.2010 „Gutes Essen in der Schule – für alle“ ist erledigt.~~

Die Verwaltung erhält einen Prüfauftrag mit folgendem Inhalt:

- **Vor einer nächsten Konzessionsvergabe legt die Verwaltung den zuständigen Ausschüssen einen Erfahrungsbericht mit der Konzession Pascalgymnasium vor.**
- **Es wird geprüft, ob durch eine Überarbeitung des Basis-Leistungsverzeichnis folgende Ziele erreicht werden können:**
 - **eine Konzessionsvergabe nur mit Anlieferung des Essens und der Ausgabe des Essens und Reinigung der Küchen durch städtisches Personal wird ermöglicht,**
 - **die Berücksichtigung der unterschiedlichen Schulkonzepte/ Schulprogramme werden sichergestellt (u. a. Einbindung von Schülern in die Essensausgabe oder die Nutzung von Mensen/Küchen für ein kostenloses Frühstück z.B. in Zusammenarbeit mit FRÜZ e.V.)**
 - **ein höherer Mindestanteil an regionalen und ökologischen Produkten (min 30%) wird festgelegt.**
- **Vor einer Ausschreibung wird eruiert, ob das Verfahren so gestaltet ist, dass auch Werkstätten für behinderte Menschen ein konkurrenzfähiges Angebot abgeben können.**

3. Der Antrag der SPD - Fraktion im Rat der Stadt Münster Nr. A-R/0054/2010 vom 27.05.2010 „Gutes Essen in der Schule - für alle“ ist erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen

Für die Umsetzung und Einhaltung der gesetzlich geforderten Hygienebestimmungen in der Mittagsverpflegung der Schulen entstehen Kosten in Höhe von insgesamt jährlich 120.000 €, zunächst für die Jahre 2013 und 2014, die sich wie folgt aufteilen:

Teilergebnisplan Produktgruppe 03.01 „Leistungen für Schulen“			
Zeile	Bezeichnung	Position	2013 ff
11	Personalaufwendungen	Zusätzliche Stunden Küchenkräfte (geringfügig Beschäftigte)	10.000 €
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Reinigungs- und Hygieneartikel	17.000 €
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Arbeitskleidung	23.000 €
28	Aufwendungen aus Interne Leistungsbeziehungen	ILV OGS	70.000 €
gesamt			120.000 €

Teilergebnisplan Produktgruppe 06.02 „Kinder- und Jugendarbeit“			
Zeile	Bezeichnung	Position	2013 ff
11	Personalaufwendungen	Zusätzliche Stunden Küchenkräfte (geringfügig Beschäftigte)	70.000 €
27	Erträge aus Interne Leistungsbeziehungen	ILV OGS	- 70.000 €
gesamt			0 €

Die Verwaltung versucht, diese Mehrkosten in den Jahren 2013 und 2014 aus den vorhandenen Budgets der beteiligten Ämter zu finanzieren. Sollte sich im Laufe des Jahres 2013 herausstellen, dass eine Nachfinanzierung erforderlich wird, ist über eine zusätzliche Mittelbereitstellung über Nachtrag oder im Wege einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung gem. § 83 GO NW bzw. für 2014 im Rahmen der Etatberatungen zum Haushalt 2014 zu entscheiden.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0720/2012

Kommunale Koordinierung im Rahmen des Übergangssystems von der Schule in Ausbildung und Beruf

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des geänderten **Beschlussvorschlages** (entspricht den Beschlüssen des ASW, des ASGAf und des AKJF) zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

- Der Rat nimmt die Eckpunkte und Zielsetzungen des neuen Übergangssystems Schule-Beruf in NRW mit den Elementen
 - Berufs- und Studienorientierung
 - Übergangssystem
 - Attraktivität des dualen System
 - Kommunale Koordinierung

zur Kenntnis.

- Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das Land beabsichtigt, das neue System schrittweise und im Endausbau flächendeckend in NRW umzusetzen und dazu für die Projektlaufzeit (vss. bis 2020) in den Kreisen und kreisfreien Städten bis zu 2,0 Personalstellen zzgl. Sachkosten finanziert.
- Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 3.1 beim Land NRW einen Antrag zur Teilnahme am neuen Übergangssystem Schule – Beruf ab 01.01.2013 zu stellen,
 - 3.2 die Umsetzung der kommunalen Koordinierung in Münster **gemeinsam** auf der Grundlage der beschriebenen Eckpunkte und Strukturen **unter paritätischer Stimmrechtsvertretung der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmervertreter** unter Beteiligung der Partner des Ausbildungskonsens anzugehen,
 - 3.3 in Form eines jährlichen und systematischen Berichtswesens den Rat über die Ergebnisse und Fortschritte der Umsetzung des neuen Übergangssystems in NRW und speziell der kommunalen Koordinierung in Münster zu informieren.
- Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0067/2011 an den Rat vom 22.11.2011 „Jedem jungen Menschen ein (Aus-)bildungsplatz in gemeinsamer Verantwortung – Anlaufstelle am Übergang Schule und Beruf“ **wird aufgegriffen und** in die Konzeption mit einbezogen **und ist damit erledigt. Über die Weiterentwicklung wird kontinuierlich berichtet.**

5. Den zuständigen Gremien ist nach den Sommerferien 2013 ein Zwischenbericht vorzulegen.

Darin sind folgende Fragen zu klären:

- Wie entwickelt sich die finanzielle Förderung durch das Land? Werden insbesondere die Personalkosten weiterhin vom Land finanziert?
- Welche Abstimmungen zwischen den einzelnen Partnern hat es gegeben? Wurden die bestehenden Strukturen vereinfacht und standardisiert? Konnte man Doppelstrukturen identifizieren und werden diese abgebaut?
- Unterstützt das neue Koordinierungsinstrument das Ziel, möglichst viele Jugendliche in eine duale Ausbildung zu vermitteln?
- Wurden Möglichkeiten erkannt, wie das Verbleiben von Schulabgängern in „Betreuungsschleifen“ verringert werden kann?

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	302	Zentrale Leistungen für am Schulleben Beteiligte	2013	23.400 €	
Zeile					

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf bei der / bei den o. g. Produktgruppe/n veranschlagt: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2013 bzw. der mittelfristigen Ergebnis und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0868/2012**

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers / der Amtsapothekerin

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers / der Amtsapothekerin auf Grundlage des beigefügten Entwurfs wird zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	07.01	Gesundheitsdienste			
Zeile	06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2013	33.990	Ertrags- steigerung
			2014	34.500	
			2015	35.020	
			2016	35.540	

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0784/2012**
Wirtschaftsplan 2013 der citeq

Die Vorlage wurde ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0810/2012**
**Abfallwirtschaftsbetriebe
-
Wirtschaftsplan
- Finanzplan 2013 - 2017**
**Münster
2013**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit der Stellenübersicht im Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster einverstanden.

Punkt 9 der Tagesordnung
Stellenplan-Entwurf 2013 für die Stadt Münster

Die Abstimmung zum Stellenplan-Entwurf 2013 brachte folgende Ergebnisse:

1. Anträge zum Stellenplan

Es wurden keine Anträge gestellt.

2. Stelleneinsparungen
2.1 Konsolidierungsprogramm 2007 - 2010
S. 33

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stelleneinsparungen im Konsolidierungsprogramm 2007 – 2010 einverstanden.

2.2 Konsolidierungsprogramm 2011 ff.
S. 33 – 34

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stelleneinsparungen im Konsolidierungsprogramm 2011 einverstanden.

2.3 Sonstige Stelleneinsparungen

S. 34

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den sonstigen Stelleneinsparungen einverstanden.

2.4 Handlungsprogramm 2012 – 2017 / Vorlage V/0702/2012

a) Maßnahmen mit Personalbezug in ausschließlicher Zuständigkeit des APRO

Maßnahme		PG	Veränderung	Aufwendungen/Erträge/Saldo					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
1	Zusammenfassung des Amtes des Rates und des Oberbürgermeisters mit dem Amt für Bürgerangelegenheiten	01 02 02 04 02 08 15 03	Erträge						
			PersAufw.		-99.720	-99.720	-99.720	-99.720	-99.720
			SachAufw						
			Saldo		-99.750	-99.720	-99.720	-99.720	-99.720
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
2	Zusammenfassung des Zentralen Justizariats mit dem Amt für Ausländerangelegenheiten	01 10 02 06	Erträge						
			PersAufw.		-86.510	-86.510	-86.510	-86.510	-86.510
			SachAufw						
			Saldo		-86.510	-86.510	-86.510	-86.510	-86.510
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
3	Die verschiedenen Geschäftsberichte der Ämter werden zu einem zentralen Leistungsbericht zusammengefasst		Erträge						
			PersAufw.		-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
			SachAufw						
			Saldo		-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
22	Wegfall des Leistungsentgelts für Beamte/-innen	alle	Erträge						
			PersAufw.	-848.230	-848.230	-848.230	-848.230	-848.230	-848.230
			SachAufw						
			Saldo	-848.230	-848.230	-848.230	-848.230	-848.230	-848.230
Der Personalratsvorsitzende Herr Lüken gab eine Stellungnahme zu dem Vorschlag ab und warb nochmals ausdrücklich dafür, diesen Vorschlag nicht aufzugreifen. Er begründete dies ausführlich. Alle Fraktionen legten ihre Standpunkte zu dem Vorschlag dar und begründeten die Notwendigkeit für die Umsetzung der Maßnahme. Nach dem Herr Heuer für die Verwaltung eine Stellungnahme abgegeben hatte, beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									

Maßnahme	PG	Veränderung	Aufwendungen/Erträge/Saldo					
			2013	2014	2015	2016	2017	2018
			€	€	€	€	€	€
23	Firmenabo outsourcen	01 13	Erträge					
			PersAufw.		-2.591	-2.591	-2.591	-2.591
			SachAufw					
			Saldo		-2.591	-2.591	-2.591	-2.591

Die Fraktionen von CDU und SPD ergänzten die Maßnahme mit folgendem Antrag:
„Die Verwaltung soll prüfen, ob dieses Angebot von den Stadtwerken Münster übernommen werden kann.“

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Maßnahme unter Berücksichtigung des Antrags aufzugreifen

24	Einführung von Parkgebühren für die Verwaltungsführung und Amtsleiter/-innen	01 11	Erträge	33.600	33.600	33.600	33.600	33.600	33.600
		01 13	PersAufw.	600	600	600	600	600	600
	SachAufw								
	Da es sich um Mieteinnahmen handelt, sind die Erträge im Teilergebnisplan „Immobilienmanagement zu veranschlagen.		Saldo	33.000	33.000	33.000	33.000	33.000	33.000

Die Fraktionen von CDU und SPD ergänzten die Maßnahme mit folgenden Antrag:
„Die WBI soll zeitnah ein Konzept vorlegen, wie die Tiefgarage privat vermarktet werden kann, z.B. an Dauerparker aus der unmittelbaren Nachbarschaft. Die finanziellen Wirkungen sind darzustellen“

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Maßnahme unter Berücksichtigung des Antrags aufzugreifen

27	Reduzierung des reagierenden Kontrolldienstes	02 01	Erträge						
			PersAufw.		-47.840	-47.840	-47.840	-47.840	-47.840
			SachAufw	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
			Saldo	-3.000	-50.840	-50.840	-50.840	-44.840	-44.840

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss mehrheitlich bei der Gegenstimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme aufzugreifen

28	Reduzierung des vorbeugenden Kontrolldienstes	02 01	Erträge						
			PersAufw.			-95.680	-95.680	-95.680	-95.680
			SachAufw			-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
			Saldo			-101.680	-101.680	-101.680	-101.680

Die Fraktionen von CDU und SPD ergänzten die Maßnahme mit folgendem Antrag:
„Die Verwaltung wird gebeten zeitnah eine aufgabenkritische Darstellung der aktuellen Einsatzfelder zu erstellen. Dabei ist der konkrete Stellenanteil an den einzelnen Aufgaben darzustellen sowie einen Kriterienkatalog zu erstellen, was derzeit einen Einsatz der SOS-Kräfte erfordert und wie sich dies ändern soll“

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, den Antrag anzunehmen und die Maßnahme nicht aufzugreifen

Maßnahme		PG	Veränderung	Aufwendungen/Erträge/Saldo					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
30	Reduzierung von Verwarnungen und Anzeigen	02 03	Erträge						
			PersAufw.		-42.110	-42.110	-42.110	-42.110	-42.110
			SachAufw						
			Saldo		-42.110	-42.110	-42.110	-42.110	-42.110
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
31	Streichung der Samstagsöffnung Bürgerbüro Mitte	02 04	Erträge						
			PersAufw.		-22.770	-22.770	-22.770	-22.770	-22.770
			SachAufw						
			Saldo		-22.770	-22.770	-22.770	-22.770	-22.770
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
32	Zusammenlegung von zwei Leitungsstellen Bezirksverwaltung	02 04	Erträge						
			PersAufw.			-102.920	-102.920	-102.920	-102.920
			SachAufw						
			Saldo			-102.920	-102.920	-102.920	-102.920
Herr Heuer gab eine kurze Erläuterung zu der Maßnahme. Es wurde abgestimmt, dass bis zur Sitzung des AFBL weitere Information schriftlich von der Verwaltung vorgelegt werden. Sodann erklärte der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung <u>einvernehmlich</u> , die Beschlussfassung zu dieser Maßnahme in den AFBL zu schieben.									
33	Die Verwaltung schlägt vor, die Gesamtabsetzung wie dargestellt aufzuteilen. In der Umsetzung wird es ggf. Veränderungen geben.	15 03	Erträge						
			PersAufw.			-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
			SachAufw			-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
			Saldo			-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									

b) Übrige Maßnahmen mit Personalbezug

Maßnahme	PG	FA	Personalaufwendungen					
			2013	2014	2015	2016	2017	2018
			€	€	€	€	€	€
4	Einsparung 0,5 Referentin der Bürgermeister/innen durch Aufgabenreduzierung und –verdichtung	01 03	AFBL			-31.425	-31.425	-31.425

Maßnahme	PG	FA	Personalaufwendungen						
			2013	2014	2015	2016	2017	2018	
			€	€	€	€	€	€	
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
5	Einsparung von Stellenanteilen im juristischen Dienst durch Aufgabenverlagerung und –verdichtung	01 03	AFBL		-33.240	-49.860	-49.860	-49.860	-49.860
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
10	Anzahl der freiwilligen Ausschüsse und sonstigen Gremien reduzieren	01 02	AFBL			-45.000	-45.000	-45.000	-45.000
Die Fraktionen von CDU und SPD ergänzten die Maßnahme mit folgendem Antrag: „Die Verwaltung soll ein entsprechendes Konzept erarbeiten, um konkrete Hinweise zu erhalten, wie diese Vorschläge umgesetzt werden können und welche Folgen dies hätte. Dazu ist eine Liste zu erarbeiten, aus der hervorgeht, welche Ausschüsse und Gremien pflichtig sind, wie hoch die Mindestanzahl der Mitglieder ist und in welchen Bereichen die Zahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner reduziert werden kann. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob alle fakultativen Aufsichtsräte abgeschafft werden und durch einen zentralen Kontrollausschuss ersetzt werden können“									
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme unter Berücksichtigung des Antrags <u>aufzugreifen</u>									
14	Reduzierung der im Bereich Städtepartnerschaften anfallenden Aufgaben bzw. Verpflichtungen	01 02	AFBL		-8.532	-8.532	-8.532	-8.532	-8.532
Die Fraktionen von CDU und SPD ergänzten die Maßnahme mit folgendem Antrag: „Die Stelle soll gestrichen werden, die Sachmittel sollen erhalten werden. Dadurch verringert sich die Summe auf 21.468 € ab 2014“									
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> bei Gegenstimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme unter Berücksichtigung des Antrags <u>aufzugreifen</u>									
19	Keine Medienauswertung von Zeitungen, Zeitschriften, Radio, Fernsehen und Online-Medien; kein Medien-Newsfeed im Portal muenster.de	01 07	AFBL		-31.000	-31.000	-31.000	-31.000	-31.000
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									

Maßnahme		PG	FA	Personalaufwendungen					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
21	Begrenzung der Arbeit des Frauenbüros auf die pflichtigen Aufgaben	01 04	AGL		-76.940	-76.940	-76.940	-76.940	-76.940
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
35	Verzicht auf Teile der Sachbearbeitung zur Kampfmittelbeseitigung. Die vorsorgliche Auswertung von Bauanträgen mit dem Ziel, Bauherren anzuschreiben und auf die mögliche Veranlassung der Antragstellung zur Kampfmittelbeseitigung hinzuweisen, entfällt.	02 09	AUB		-17.607	-17.607	-17.607	-17.607	-17.607
Siehe Maßnahme 36									
36	Verzicht auf Brandschauen nach örtlicher Gefahreinschätzung	02 09	AUB		-16.559	-16.559	-16.559	-16.559	-16.559
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte <u>einvernehmlich</u> , die Beschlussfassung zu der Maßnahme in den AUB <u>zu schieben</u> .									
37	Verzicht auf die Koordinierung der Brandschutzerziehung der Freiwilligen Feuerwehr, das Servicetelefon des Vorbeugenden Brandschutzes und die Brandschutzunterweisung für städtische Mitarbeiter	02 09	AUB		-12.563	-12.563	-12.563	-12.563	-12.563
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
38	Standardreduzierung bei der Koordinierung und Begleitung von Schulalarmproben	02 09	AUB		-13.800	-13.800	-13.800	-13.800	-13.800
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
40 41 42	Verzicht der Darstellung von Gender-Informationen im Haushalt, Verzicht auf den Bürgerhaushalt in jedem 2. Jahr, Verzicht auf eine verwaltungsweite KLR (Kosten- und Leistungsrechnung)	01 09	AFBL		-31.425	-31.425	-31.425	-31.425	-31.425
Zu Nr. 40 und 42: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme									

Maßnahme	PG	FA	Personalaufwendungen						
			2013	2014	2015	2016	2017	2018	
			€	€	€	€	€	€	
der FDP-Fraktion, die Maßnahmen <u>nicht aufzugreifen</u>									
Zu Nr. 41: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
44 45	Verzicht auf Finanzamtanfragen, Optimierung des Veranlagungsverfahrens (TFA-Anwendung)	01 09	AFBL		-1.366	-1.366	-15.028	-15.028	-15.028
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahmen <u>aufzugreifen</u>									
46	Standardreduzierung bei der Veranlagung von Grundbesitzabgaben	01 09	AFBL		-36.432	-36.432	-36.432	-36.432	-36.432
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
47	Minderaufwand Gesamtabschluss	01 09	AFBL				-31.225	-31.225	-31.225
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
63	Reduzierung statistischer Dienstleistungen; Reduzierung der kartografischen Grundlagenarbeit	02 07	ASSVW			-31.225	-31.225	-31.225	-31.225
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
64	Reduzierungen des Engagements im Städtenetzwerk MONT	09 01	ASSVW			-17.063	-17.063	-17.063	-17.063
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
65	Reduzierung des Aufwands bei stadtreionaler Zusammenarbeit in der "Stadtregion Münster"	09 01	ASSVW			-17.063	-17.063	-17.063	-17.063
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									

Maßnahme		PG	FA	Personalaufwendungen					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
66	Reduzierung der Standards bei der Prüfung von Einzelhandelsvorhaben	09 01	ASSVW			-17.063	-17.063	-17.063	-17.063
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
67	Aufwandsreduzierung in der Sachbearbeitung im Aufgabenbereich "Innenentwicklungsinitiative"	09 01	ASSVW			-17.063	-17.063	-17.063	-17.063
Die Beträge sind gegenüber der Vorlage entsprechend dem Stellenanteil korrigiert.									
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
68	Reduzierung der Teilnahme an Bundes- / Landesprojekten bzw. Konzentration auf strategisch bedeutsame Entwicklungsprojekte der Stadt Münster mit hoher direkter Bürgerrelevanz	09 01	ASSVW			-17.063	-17.063	-17.063	-17.063
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte <u>einvernehmlich</u> , die Beschlussfassung zu der Maßnahme in den AFBL <u>zu schieben</u> .									
69	Reduzierung des übergreifenden "Handlungsprogramms Demografischer Wandel" bzw. Konzentration auf die originäre Fachzuständigkeit im Thema Demografischer Wandel	09 01	ASSVW			-34.125	-34.125	-34.125	-34.125
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte <u>einvernehmlich</u> , die Beschlussfassung zu der Maßnahme in den AFBL <u>zu schieben</u> .									
70	Reduzierung von bauleitplanerischer Planungs- und Beratungsleistungen für Vorhabenträger / Investoren	09 01	ASSVW			-19.235	-19.235	-19.235	-19.235
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
71	Teilverzicht auf Abgabe planungsrechtlicher Stellungnahmen bei Bauvorhaben nach § 34 BauGB an Amt 63; Verzicht auf Bürgerberatung in diesen Fällen bei Amt 61.	09 01	ASSVW			-34.125	-34.125	-34.125	-34.125
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									

Maßnahme		PG	FA	Personalaufwendungen					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
72	Reduzierung der Standards in der Beratungsleistung und der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Denkmalpflege	10 02	ASSVW			-34.125	-34.125	-34.125	-34.125
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
73	Aufwandsreduzierung im Bereich ÖPNV-Trägerschaft / Fortschreibung Nahverkehrsplan	12 02	ASSVW		-20.925	-20.925	-20.925	-20.925	-20.925
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
74	Aufwandsreduzierung / Aufgabenverzicht im Bereich Verkehrstechnische Entwürfe	12 02	ASSVW		-34.125	-34.125	-34.125	-34.125	-34.125
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
75	Aufwandsreduzierung / Teilaufgabe im Bereich Radverkehrsplanung/-förderung	12 02	ASSVW		-34.125	-34.125	-34.125	-34.125	-34.125
Herr Lenski stellte für die FDP-Fraktion den Antrag, die Maßnahme entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung aufzugreifen. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der FDP-Fraktion <u>abgelehnt</u>. Die Fraktionen von CDU und SPD ergänzten die Maßnahme mit folgendem Antrag: Die Personalkürzung wird auf 0,25 Stellen reduziert. Die Einsparsumme beläuft sich daher auf 17.063 € für alle Jahre. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme unter Berücksichtigung des Antrags <u>aufzugreifen</u>									
76	Aufwandsreduzierung / Teilaufgabe bei der Erarbeitung von Stellungnahmen im Aufgabenbereich Verkehrsplanung	12 02	ASSVW		-17.063	-17.063	-17.063	-17.063	-17.063
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
77	Reduzierung der Überwachung der Gebäudeeinemessungspflicht	09 02	ASSVW		-57.120	-57.120	-57.120	-57.120	-57.120
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									

Maßnahme		PG	FA	Personalaufwendungen					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
78	Einstellung der Mikroverfilmung als Querschnittsaufgabe für die Gesamtverwaltung	09 02	ASSVW			-47.840	-47.840	-47.840	-47.840
Die Fraktionen von CDU und SPD ergänzten die Maßnahme mit folgendem Antrag: Die Einsparsumme soll erreicht werden. Es soll geprüft werden, inwieweit das Stadtarchiv eingebunden werden kann. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP-Fraktion, die Maßnahme unter Berücksichtigung des Antrags <u>aufzugreifen</u>									
81	Reduzierung bei der Erneuerung des Liegenschaftskatasters	09 02	ASSVW			-62.450	-62.450	-62.450	-62.450
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
82	Reduzierung bei der Erneuerung des Liegenschaftskatasters	09 02	ASSVW			-57.120	-57.120	-57.120	-57.120
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
83	Standardreduzierung bei der Bearbeitung von bauordnungsrechtlichen Bescheinigungen	10 01	ASSVW		-8.102	-8.102	-8.102	-8.102	-8.102
Siehe Maßnahme 84									
84	Standardreduzierung bei der Bearbeitung von bauordnungsrechtlichen Verfahren	10 01	ASSVW		-16.203	-16.203	-16.203	-16.203	-16.203
Die Fraktionen von CDU und SPD ergänzten die Maßnahme mit folgendem Antrag: Die Verwaltung soll darstellen, welche konkreten Nachteile den Bürgern durch die Umsetzung entstehen Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte nach kurzer Diskussion <u>einvernehmlich</u>, die Beschlussfassung zu den Maßnahmen 83 und 84 in den AFBL <u>zu schieben</u>.									
85	Standardreduzierung bei der Bearbeitung von bauordnungsrechtlichen Bußgeldverfahren	10 01	ASSVW		-2.701	-2.701	-2.701	-2.701	-2.701
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u>, gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									

Maßnahme		PG	FA	Personalaufwendungen					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
95	Bedarfsorientierte Streckung des barrierefreien Ausbaus von Haltestellen	12 01	AUB			-13.650	-13.650	-13.650	-13.650
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
105	Reduzierung der Angebote durch Begrenzung auf einen "Zuschussbedarf" von maximal 20.000,- € ab 2016	03 01	ASW				-4.784	-4.784	-4.784
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
106	Einstellung der Förderung (einschließlich durchlaufender Gelder) für den Schüleraustausch an münsterschen Schulen ab dem Schuljahr 2015/2016	03 01	ASW			-1.993	-4.784	-4.784	-4.784
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
107	Kündigung des Vertrages zur Führung der Stadtbildstelle durch das Landesmedienzentrum des LWL über den 31.12.2013	03 01	ASW			-4.874	-4.874	-4.874	-4.874
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
108	Aufgabe der Kreisverbandsgeschäftsführung ab 2014	03 01	ASW		-4.874	-4.874	-4.874	-4.874	-4.874
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
110	Overhead Amt 40	03 01	ASW				-83.630	-83.630	-83.630
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
112	Reduzierung um 0,5 Personalstelle	03 01	ASW		-31.425	-31.425	-31.425	-31.425	-31.425
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									

Maßnahme		PG	FA	Personalaufwendungen					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
113	Reduzierung um 0,5 Personalstelle	03 01	ASW		-27.000	-27.000	-27.000	-27.000	-27.000
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
116	Reduzierung Hausmeister/Sekretärinnen	03 01	ASW			-130.395	-130.395	-130.395	-130.395
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
117	Einstellung der Beförderung mit dem Schulbus bei weiterer Bereitstellung der pflichtigen Schülerfahrkosten ab dem Schuljahr 2013/2014	03 02	ASW			-24.980	-24.980	-24.980	-24.980
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
119	Streichung einer 0,5 Verwaltungsfachkraft	03 02	ASW		-22.410	-22.410	-22.410	-22.410	-22.410
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
120	Streichung einer 1,0 Schulpsychologenstelle	03 02	ASW		-83.690	-83.690	-83.690	-83.690	-83.690
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
122	Reduzierung 0,5 Stelle	03 02	ASW		-37.885	-37.885	-37.885	-37.885	-37.885
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
123	Aufgabe des Angebotes von 1-€-Jobs bei städtischen Ämtern	03 02	ASW		-108.390	-108.390	-108.390	-108.390	-108.390
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
124	Einschränkung der Bildungsberatung	03 02	ASW		-25.250	-25.250	-25.250	-25.250	-25.250
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									

Maßnahme		PG	FA	Personalaufwendungen					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
125	Auslaufende Schließung PTA-Lehranstalt ab dem Schule ab dem 01.09.2015 (vollständige Schließung 31.08.2016)	03 01	ASW			-65.890	-143.510	-294.540	-294.540
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
143	Aufgabe des eigenen Betriebes eines Museumsshop	04 05	KA				-66.016	-66.016	-66.016
Die Fraktionen von CDU und SPD ergänzten die Maßnahme mit folgendem Antrag: Diese Maßnahme soll nur umgesetzt werden, wenn die Erträge durch die Vermietung des Museumsshops den aktuellen Erträgen mindestens entsprechen und diese dem Stadtmuseum zu Gute kommen. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme unter Berücksichtigung des Antrags <u>nicht aufzugreifen</u>									
144	Historische Bildungsarbeit/Archivpädagogik - Geschichtswettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten: Die Ausstellung der Wettbewerbs-ergebnisse der Arbeiten aus Münster wird nicht mehr durchgeführt	04 06	KA			-16.701		-16.701	
Siehe Maßnahme 152									
146	Historische Bildungsarbeit - Geschichtswettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten: Die Unterstützung bei Auseinandersetzung mit Stadtgeschichte, Workshops für Tutor/-innen, Schüler/-innen wird nicht mehr geleistet	04 06	KA		-6.680		-6.680		
Siehe Maßnahme 152									
147	Historische Bildungsarbeit: Die Zusammenarbeit mit Schulen (Kulturstrolche, gegründet vom Amt für Schule und Weiterbildung, Kooperationspartner Kultureinrichtungen der Stadt) wird reduziert	04 06	KA			-2.440			
Siehe Maßnahme 152									
148	Historische Bildungsarbeit - Die Zusammenarbeit mit Schulen, die Unterstützung und Förderung von historischen Schulprojekten wird reduziert	04 06	KA		-17.536	-17.536	-17.536	-17.536	-17.536
Siehe Maßnahme 152									
149	Historische Bildungsarbeit/Archivpädagogik - die Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit Stadtgeschichte wird reduziert	04 06	KA		-835	-835	-835	-835	-835

Maßnahme		PG	FA	Personalaufwendungen					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
Siehe Maßnahme 152									
152	Archivgesetz NRW § 2 Abs. 7 - Publikationen des Stadtarchivs werden reduziert	04 06	KA			-12.057		-12.057	
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte <u>einstimmig</u> , die Beschlussfassung zu den Maßnahmen 144 – 152 in den AFBL <u>zu schieben</u> .									
153	Unterstützende Tätigkeiten durch studentische Hilfskräfte werden reduziert	04 06	KA		-7.800	-7.800	-7.800	-7.800	-7.800
Herr Lenski stellte für die FDP-Fraktion den Antrag, die Maßnahme entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung aufzugreifen. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der FDP-Fraktion <u>abgelehnt</u> .									
Die Fraktionen von CDU und SPD ergänzten die Maßnahme mit folgendem Antrag: Die Einsparsumme wird für alle Jahre ab 2014 auf 3.000 € reduziert									
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme unter Berücksichtigung des Antrags <u>aufzugreifen</u>									
163	Betrieb und Aufsicht beim "Maxi-Sand" werden - soweit erforderlich/möglich - durch andere Dienststellen mit übernommen (Organisationsoptimierung)	06 02	AKJF		-21.100	-21.100	-21.100	-21.100	-21.100
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme des Antrags <u>aufzugreifen</u>									
165	Der AKJF hat die Maßnahme <u>nicht</u> aufgegriffen.								
	Verzicht auf die Einrichtung weiterer Gruppen im Offenen Ganztage	06 02	AKJF		-369.680	-369.680	-369.680	-369.680	-369.680
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme des Antrags <u>nicht aufzugreifen</u>									
182	Abschluß weiterer Überlassungsverträge	13 01	SPA		-111.550	-164.700	-253.900	-368.800	-368.800
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									

Maßnahme		PG	FA	Personalaufwendungen					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
185	Abgabe der Tätigkeiten für das Deutsche Sportabzeichen	08 01	SPA		-7.110	-6.720	-6.720	-6.720	-6.720
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
201	Der ASGAf hat die Maßnahme <u>nicht</u> aufgegriffen.								
	Schließung des Sozialamtes an den Nachmittagen (nach 13.00 Uhr)	05 03	ASGAf		-19.984	-19.984	-19.984	-19.984	-19.984
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
209	Der ASGAf hat die Maßnahme <u>nicht</u> aufgegriffen.								
	Verzicht auf zielgruppenorientierte Angebote (Ergänzungsangebote) des Sozialdienstes für Flüchtlinge	05 02 (?)	ASGAf		-46.740	-46.740	-46.740	-46.740	-46.740
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
210	ASGAf: Dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung wird empfohlen, die Stellenzahl lediglich um 0,5 zu reduzieren. (Personalaufwendungen: 2014: -34.510 €; 2015: 34.510 €; 2016: -34.510; 2017: -34.510 €; 2018: -34.510 €)								
	Reduzierung der Stellen des Amtes 50 im Infobüro Pflege (Pflege- und Wohnraumanpassungsberatung) um 50 %	05 03	ASGAf		-54.557	-54.557	-54.557	-54.557	-54.557
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>entsprechend dem Beschluss des ASGAf aufzugreifen</u>									
211	ASGAf: Dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung wird empfohlen, die Stellenzahl lediglich um 0,25 zu reduzieren. (Personalaufwendungen: 2014: -12.630 €; 2015: -12.630 €; 2016: -12.630; 2017: -12.630 €; 2018: -12.630 €)								
	Reduzierung der Stellen des Amtes 50 im Infobüro Pflege (Pflege- und Wohnraumanpassungsberatung) um 50 %	05 03	ASGAf		-25.250	-25.250	-25.250	-25.250	-25.250
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>entsprechend dem Beschluss des ASGAf aufzugreifen</u>									
217	Der ASGAf hat die Maßnahme <u>nicht</u> aufgegriffen.								
	Programmeinstellung Münster-Pass	05 03	ASGAf		-26.940	-26.940	-26.940	-26.940	-26.940

Maßnahme	PG	FA	Personalaufwendungen						
			2013	2014	2015	2016	2017	2018	
			€	€	€	€	€	€	
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> , gegen die Stimme der FDP-Fraktion, die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
224	Beendigung der Geschäftsführung für das Gesunde-Städte Netzwerk (GSN) zum 31.12.2015	07 01	ASGAf				-43.255	-43.255	-43.255
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
225	Streichung des Stellenanteils und des Sachkostenzuschusses für das Gesundheitshaus im Etat des Gesundheitsamtes	07 01	ASGAf		-53.196	-53.196	-53.196	-53.196	-53.196
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>aufzugreifen</u>									
235	Der ASGAf hat die Maßnahme <u>nicht aufgegriffen</u> .								
	Wegfall des Krisennotdienstes am Wochenende	07 01	ASGAf		-6.285	-6.285	-6.285	-6.285	-6.285
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
238	ASGAf: Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung hat die Entscheidung über den Vorschlag in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.								
	Das Förderprogramm „Altbau-sanierung und Qualitätssicherung beim Neubau“ wird eingestellt	10 03	ASGAf		-43.104	-43.104	-43.104	-43.104	-43.104
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte <u>einvernehmlich</u> , die Beschlussfassung zu der Maßnahme in den AFBL <u>zu schieben</u> .									
239	ASGAf: Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung hat die Entscheidung über den Vorschlag in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.								
	Personaleinsparung bei der technischen Prüfung im Rahmen der Wohnraumförderung	10 03	ASGAf		-31.225	-31.225	-31.225	-31.225	-31.225
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte <u>einvernehmlich</u> , die Beschlussfassung zu der Maßnahme in den AFBL <u>zu schieben</u> .									
241	Keine Ersatzpflanzungen, Rückbau von pflegeaufwendigem Grün in öffentlichen Grünanlagen	13 01	AUB		-47.780	-47.780	-47.780	-47.780	-47.780

Maßnahme		PG	FA	Personalaufwendungen					
				2013	2014	2015	2016	2017	2018
				€	€	€	€	€	€
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									
242	Aufgabe und Rückbau weiterer Spiel- und Bolzplätze	13 01	AUB			-35.835	-47.780	-47.780	-47.780
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte <u>einvernehmlich</u> , die Beschlussfassung zu der Maßnahme <u>zu schieben</u> .									
244	Reduzierung des Pflege- und Ausstattungsstandards der Außenanlagen an den Schulen	13 01	AUB		-23.890	-47.780	-71.670	-95.560	-95.560
Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u> , die Maßnahme <u>nicht aufzugreifen</u>									

3. Stellenvermehrungen

- 3.1 aufgrund von Ratsbeschlüssen (**Kenntnisnahme**) S. 37
ergänzt um Beschluss zu **TOP 3** – Vorlage V/0878/2012
„Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums in Münster“

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm die Stellenvermehrungen zur Kenntnis.

- 3.2 nach Vorschlag der Verwaltung S. 37 – 51

Es erfolgte Einzelabstimmung:

13 Presse- und Informationsamt

1	Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	0,13 EGr. 13	Redakteur/-in Online-Redaktion
	10.160 €	Mittelumschichtung im Teilergebnisplan 0107

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD- und FDP-Fraktion mit der Stellenvermehrung einverstanden

20 Amt für Finanzen und Beteiligungen

2	Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	1,00 BesGr. A 8	Sachbearbeiter/-in Zweitwohnungssteuer
	47.670 €	Mehrerträge Zweitwohnungssteuer

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit der Stellenvermehrung einverstanden

3	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	1,25 BesGr. A 8	Sachbearbeiter/-in Forderungseinzug SGB II
	59.590 €	Leistungsentgelte Jobcenter

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

33 Amt für Bürgerangelegenheiten

4	veränderte gesetzliche Maßgaben	
	2,00 BesGr. A 8	Sachbearbeiter/-in elektronischer Personalausweis
	95.340 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit der Stellenvermehrung einverstanden

36 Amt für Ausländerangelegenheiten

5	veränderte gesetzliche Maßgaben	
	2,25 BesGr. A 8 / A 10	Sachbearbeiter/-in elektronischer Aufenthaltstitel
	109.600 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit der Stellenvermehrung einverstanden

37 Feuerwehr

6	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	1,00 BesGr. A 9 mD	Sachbearbeiter/-in Rettungsdienst
	64.090 €	Rettungsdienstgebühren

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

40 Amt für Schule und Weiterbildung

7	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	1,10 EGr. 5	Schulsekretär/-in Offene Ganztagschulen
	4.350 (47.860) €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

51 Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

8	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	1,00 BesGr. A 11	Sachbearbeiter/-in Verwaltung und Finanzierung Kindertageseinrichtungen
	65.830 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit der Stellenvermehrung einverstanden

9	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	1,00 BesGr. A 8	Sachbearbeiter/-in Elternbeiträge
	47.670 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit der Stellenvermehrung einverstanden

10	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	2,77 EGr. S 6	Erzieher/-in Dependance Kindertagesstätte Berg Fidel
	0,13 EGr. 4	hausw. Gehilfin Dependance Kindertagesstätte Berg Fidel
	2,77 EGr. S 6	Erzieher/-in Dependance Kindertagesstätte Kinderhaus
	0,13 EGr. 4	hausw. Gehilfin Dependance Kindertagesstätte Kinderhaus
	188.820 €	Eckwerterhöhung, anteilig Landeszuschuß, Elternbeiträge

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

11	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	16,37 EGr. S 6	Erzieher/-in diverse Kindertageseinrichtungen
	1,00 EGr. S 13	stv. Leiter/-in Kindertagesstätte Eichenaue (Dependance)
	140.790 €	Eckwerterhöhung, anteilig Landeszuschuß, Elternbeiträge

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

12	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	8,00 EGr. S 6	Erzieher/-in Offene Ganztagschulen
	154.030 €	Eckwerterhöhung, anteilig Elternbeiträge

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

13	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	1,50 EGr. S 6	Erzieher/-in Springer/-in Krankheitsvertretung OGS
	69.320 €	Eckwerterhöhung, anteilig Elternbeiträge

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

14	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	0,50 EGr. S 15	Sachbearbeiter/-in Fachberatung OGS
	32.980 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

15	Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	0,13 EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in ABI – betreuter Spielplatz Südpark
	6.930 €	Mittelumschichtung im Teilergebnisplan 0602

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

53 Gesundheitsamt

16	veränderte gesetzliche Maßgaben	
	0,12 EGr. 15V	Fachstellenleiter/-in, Koordination Familienhebammen
	1,00 EGr. 8	Familienhebamme
	60.270 €	Erstattung aus Bundesmitteln

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

59 Jobcenter

17	Entwicklung in den Pflichtaufgaben - fremdfinanziert	
	0,50 EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Leistungsgewährung
	27.960 €	anteilige Erstattung (84,8 %) aus Bundesmitteln

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung

18	veränderte gesetzliche Maßgaben - fremdfinanziert	
	0,11 BesGr. A 10	Sachbearbeiter/-in Förderverfahren § 11a ÖPVNG NW
	6.270 €	Erstattung durch das Land

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden

66 Tiefbauamt

19	veränderte gesetzliche Maßgaben	
	1,00 EGr. 10	Sachbearbeiter/-in Umsetzung § 61a LWG
	65.610 €	Einsparung einer vorhandenen Planstelle (→ Ziffer 7.1.3)

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD- und FDP-Fraktion mit der Stellenvermehrung einverstanden

3.3 ggf. weitere Anträge

Schnellmeldung ASGAf zu V/0560/2012

„Ergebnisse und Empfehlungen des Arbeitskreises Wohnungslosigkeit“

Nachrichtlich:

Die Umsetzung der u. a. die Einrichtung von 2 Personalstellen (je 0,5) betreffenden Empfehlungen gem. Vorlage V/0560/2012 (Wohnungslosigkeit) hat der ASGAf in den AFBL geschoben

Entsprechend dem Beschluss zur Vorlage V/0560/2012 wurde über die Einrichtung der 2 x 0,5 Stellen abgestimmt. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit der Stellenvermehrung einverstanden

4. Stellenveränderungen durch Zugang aus den Wirtschaftsplänen bzw. Übergang in die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenveränderungen einverstanden.

5. Stellenwertveränderungen/ Stellenverlagerungen aufgrund von Organisationsmaßnahmen und/oder Personalumsetzungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenwertveränderungen/Stellenverlagerungen einverstanden.

6. Stellenhebungen

S. 63 – 67

Herr Lenski stellte für die FDP-Fraktion den Antrag, alle Stellenhebungen im Beamtenbereich in die Haushaltsberatungen des nächsten Jahres zu schieben. Er begründete den Antrag.

Herr Pölling nahm dazu Stellung und beantragte für die SPD-Fraktion, nur die Ziffer 1 der Stellenhebungen nicht zu beschließen und die übrigen Stellenhebungen durchzuführen.

Zunächst wurde über den Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung lehnte den Antrag mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion ab.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann einstimmig, die laufende Ziffer 1 der Stellenhebungen (BesGr. B2) nicht durchzuführen.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich sodann mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit den laufenden Nr. 2 – 38 der Stellenhebungen einverstanden.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenhebungen für die tariflich Beschäftigten einverstanden.

7. Anpassung des Stellen-Solls an die Ist-Einstufung nach Organisationsmaßnahme und/oder Personalumsetzung/-einsatz

S. 71 – 73

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig einverstanden

8. Stellenumwandlungen

S. 77 - 81

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenumwandlungen einverstanden

9. Stellenabwertungen

S. 85 – 87

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenabwertungen einverstanden

10. Zeitlich befristete Projekte

10.1 Kenntnisnahme Verwaltungsentwurf

S. 91 – 93

10.2 Beschlüsse

TOP 2 – Vorlage V/0197/2012

„Dichtheitsprüfung an städtischen Grundstücksentwässerungsanlagen“

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm die zeitlich befristeten Projekte zur Kenntnis.

Schnellmeldung ASGAf zu Vorlage V/0405/2012

„Maßnahmeprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut“

*Zum **Haushalt 2013** hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung **ferner folgende Empfehlungen an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung** gefasst:*

Vorlage V/0405/2012: Fallmanagement Teilhabe im Alter:

Im Teilergebnisplan, Produktgruppe 0503 wird eine zusätzliche 0,75 Personalstelle eingerichtet.

Entsprechend der Empfehlung des ASGAf erklärte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig bei Enthaltung von Herrn Moll (CDU) und Herrn Lenski (FDP) mit der befristeten Einrichtung der 0,75 Personalstelle einverstanden.

Abschließend beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion, dem Rat die Annahme des Stellenplans der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2013 in der Fassung des Verwaltungsentwurfs unter Berücksichtigung der in diesem Beratungsverlauf beschlossenen Veränderungen sowie der sich aus den Beschlüssen zu den heute beratenden Vorlagen ergebenden Veränderungen zu empfehlen.

Punkt 10 der Tagesordnung

Haushaltsplan-Entwurf 2013 für die Stadt Münster einschließlich Maßnahmen aus dem Handlungsprogramm 2012 - 2017 (Vorlage V/0702/2012) sowie Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt (Vorlage V/0589/2012)

Frau Wendland erläuterte das vorgesehene Beratungsverfahren. Die Abstimmung brachte folgende Ergebnisse:

A. Bürgervorschläge

Nr.	Titel	Vorschlag der Verwaltung
109	Keinen Nachtflohmkt auf Kosten der Allgemeinheit	Vorschlag soll aufgegriffen werden
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	

110	Entfernung eines überflüssigen Verkehrsschildes auf der Straße Wilkinghege	Vorschlag soll aufgegriffen werden.
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
126	Bürgerbüro Mitte freitags nachmittags öffnen	Vorschlag soll <u>nicht</u> aufgegriffen werden
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
177	Vier eingesparte Stellen für die Musikschule wiederbesetzen	Vorschlag soll <u>nicht</u> aufgegriffen werden
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
186	Bürgersteig Handorfer Straße als (kombinierter) Rad- und Fußweg freigeben	Vorschlag soll <u>nicht</u> aufgegriffen werden
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
193	Mehr öffentliche Toiletten	Vorschlag soll <u>nicht</u> aufgegriffen werden
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
211	Stadtbild schützen vor Partei-Plakaten	Vorschlag soll <u>nicht</u> aufgegriffen werden
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
234	Fachleute innerhalb der Stadtverwaltung und im Rat an die richtige Stelle setzen	Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
244	Sparen im System Stadtverwaltung selbst	Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
275	Durchgehend 50 km/h auf dem Dingbängerweg	Vorschlag soll <u>nicht</u> aufgegriffen werden
	Über den Vorschlag Nr. 275 wurde <u>nicht abgestimmt</u>. Die Maßnahme soll weiter geprüft werden.	

294	Stadtverwaltung zwischen Weihnachten und Neujahr schließen	Vorschlag soll <u>nicht</u> aufgegriffen werden
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
303	Stadtbild schützen vor illegalem Plakatieren	Vorschlag soll <u>nicht</u> aufgegriffen werden
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
304	Städtische Mehrfachförderung beenden	Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozess ein
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
327	Parkuhren nur bis 18 Uhr betreiben in Randgebieten	Vorschlag soll <u>nicht</u> aufgegriffen werden
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	
358	Sauberkeit in öffentlichen Grünanlagen	Vorschlag soll <u>nicht</u> aufgegriffen werden
	Beschluss des APRO: Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss <u>einstimmig</u>, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen	

B. Entwurf des Haushaltsplanes: einzelne Teilergebnis- und Finanzpläne für die Produktgruppen gemäß Beratungsplan

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung fallenden Produktgruppen einschließlich der dazu vorliegenden Einzelmaßnahmen aus dem Handlungsprogramm 2012 – 2017 wurden einzeln aufgerufen. Mit Ausnahme der Einzelmaßnahme Nr. 34 wurde in der Beratung auf die Abstimmung zu TOP 9 verwiesen. Frau Wendland bat die Ausschussmitglieder, Anträge der Fraktionen jeweils zu den einzelnen Produktgruppen zu stellen.

Die Beratung brachte **folgende Abstimmungsergebnisse**:

APRO allgemein:

Zu den Einzelmaßnahmen 1, 2 und 3 wurde auf die Abstimmung zu TOP 9 verwiesen.

Produktgruppe 0105 – Personal- und Schwerbehindertenvertretung:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 506 - 508) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

Produktgruppe 0108 - Personal- und Organisationsamt:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 522 - 526) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-

Fraktion angenommen. Zur Einzelmaßnahme Nr. 22 wurde auf die Abstimmung zum TOP 9 verwiesen.

Produktgruppe 0110 – Recht:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 532 - 538) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

Produktgruppe 0113 – Zentrale Dienste:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 548 - 555) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen. Zu den Einzelmaßnahmen Nr. 23 und 24 wurde auf die Abstimmung zum TOP 9 verwiesen.

Produktgruppe 0201 – Ordnungsrechtliche Angelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 578 - 586) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen. Zu den Einzelmaßnahmen Nr. 27 und 28 wurde auf die Abstimmung zum TOP 9 verwiesen.

Produktgruppe 0202 – Gewerberechtliche Angelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 588 - 596) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

Produktgruppe 0203 – Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 596 - 608) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen. Zur Einzelmaßnahme Nr. 30 wurde auf die Abstimmung zum TOP 9 verwiesen.

Produktgruppe 0204 – Bürgerangelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 610 - 620) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen. Zu den Einzelmaßnahmen Nr. 31 und 32 wurde auf die Abstimmung zum TOP 9 verwiesen.

Produktgruppe 0205 – Standesamtsangelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 622 - 631) **sowie die Einzelmaßnahme Nr. 34** wurden einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

Produktgruppe 0206 – Ausländerangelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 632 - 638) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

Produktgruppe 0208 – Wahlen:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 648 - 650) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

Produktgruppe 1503 – Stadthalle Hiltrup:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 528 - 532) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen. Zur Einzelmaßnahme Nr. 33 wurde auf die Abstimmung zu TOP 9 verwiesen.

Produktgruppe 1504 – öffentliche Toilettenanlagen:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 531 - 535) wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

B 1. Antrag der CDU-Fraktion zur Gründung eines Bau- und Liegenschaftsbetriebes

Frau Wendland stellte für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gründung eines Bau- und Liegenschaftsbetriebs nach dem Vorbild des LWL zu prüfen und die Voraussetzungen, Schrittfolgen, die betroffenen Ämter und die möglichen Einsparpotentiale zeitnah darzustellen“.

Frau Wendland erklärte, dieser Ratsantrag sei heute nur eingebracht.

C. Zeilen 11 und 12 des Ergebnisplanes (Personal- und Versorgungsaufwendungen) sowie Zeilen 10 und 11 des Finanzplanes (Personal- und Versorgungsauszahlungen) -> Seiten 11 und 12 des Haushaltsplanentwurfs, Band 1 – einschließlich der dazu korrespondierenden Abstimmungen zum Stellenplan – TOP 9

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion einverstanden.

D. Positionen in den zur Beratung vorliegenden Veränderungslisten

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit den Veränderungen einverstanden.

E. Schlussabstimmung zum Haushaltsplan-Entwurf 2013

Anschließend erklärte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit den in die Zuständigkeit des APRO fallenden Teilergebnis- und Finanzplänen, den gesamten Personal- und Versorgungsaufwendungen bzw. –auszahlungen einschließlich der mit den Veränderungslisten und den hier gefassten Beschlüssen – auch zu den Maßnahmen des Handlungsprogramms 2012 -2017 vorgeschlagenen Veränderungen – einverstanden.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen

Simone Wendland
Vorsitz

Andrea Gottlob
Schriftführung